

# Ihr gehört zu uns!

Protest gegen drohende Abschiebung von Mitschüler\_innen

Wie ein Lauffeuer hat sich die Ungeheuerlichkeit verbreitet: Fünf Kinder unter 14 Jahren sollen mit ihrer Mutter in den Kosovo abgeschoben werden! Alle fünf Kinder sind hier geboren und sind Hamburger\_innen. Zwei besuchen die Kita, die drei älteren die Nelson-Mandela-Schule, das Helmut-Schmidt-Gymnasium und die Elbinschule in Wilhelmsburg. Ihre Mutter ist alleinerziehend und stammt aus dem Kosovo.

Sofort startete eine Welle des Protestes und der Solidarität an den betroffenen Schulen und in der Stadt. In der Nelson-Mandela-Schule – eine „Schule gegen Rassismus, Schule mit Coura-

ge“ – entstand in Windeseile ein Protestfilm auf Youtube, der in den sozialen Medien, vom Flüchtlingsrat und vom Bündnis „Solidarische Stadt“ verbreitet wurde und in wenigen Tagen fast 10.000 Aufrufe erhielt.

Darin äußern sich Schüler\_innen und Lehrer\_innen:

„Eine Mitschülerin von uns wird einfach abgeschoben. So was geht gar nicht!“, empört sich ein Schüler und eine Schülerin sagt: „Ich verstehe nicht. Sie wurde hier geboren.“ „Das müssen wir verhindern. Hier ist ihre Heimat!“, ist die einhellige Meinung der Schülerschaft.

Auch die Lehrer\_innen sind empört und solidarisieren sich.

Die Klassenlehrerin von einem der Nimonaj-Kinder ist fassungslos. Eine andere Lehrerin äußert ihr Unverständnis: „Die Kinder der Familie Nimonaj-Stefan haben sich in der Schule engagiert, sie haben Deutsch gelernt, Rechnen, Lesen, Schreiben und haben viele Freunde gefunden, ein Netzwerk aufgebaut. Sie sind hier zu Hause!“

„Nur auf dem Pass steht, dass sie albanisch ist, sie ist aber schon längst, war schon immer deutsch!“, sagt ein Kollege über die elfjährige Tochter der Familie. „Sie würde rausgerissen – für immer, ohne dass sie die Sprache kann, in ein ihr völlig fremdes Land.“

Eine Kollegin macht deutlich, dass man die Abschiebung nicht hinnehmen wird. „Es kann nicht sein, dass Schüler\_innen, also Kinder und Jugendliche, die hier aufgewachsen und geboren sind, abgeschoben werden. Dagegen kämpfen wir gemeinsam.“

Schon seit August 2020 bangt die Familie um ihren Aufenthalt. Seitdem leben Mutter und Kinder in Unsicherheit und Angst vor Abschiebung. Anwälte und Bezirksamts konnten sich nicht einigen, woraufhin die Aufenthaltserlaubnis der Familie Nimonaj-Stefan abgelehnt wurde.

Eine Eingabe beim Eingabenausschuss hat zur nochmaligen Prüfung geführt und brachte die Überweisung an die Härtefallkommission, sozusagen als letzte Chance. Hier sollte am 25.11.21 die endgültige Entscheidung über ein Bleiberecht für die Familie getroffen werden.

Die Schüler\_innen der Wilhelmsburger Schulen denken sich weitere Solidaritätsaktionen aus, damit die Familie Nimonaj



Foto: LAMBDA

**Wilhelmsburger Schüler\_innen übergaben Landesschulrat Altenburg-Hack Briefe und Unterschriften gegen die drohende Abschiebung der Familie Nimonaj-Stefan**

bleiben kann. Sie starteten eine Unterschriftensammlung sowie eine Petition auf Change.org und schrieben Briefe an die Behörde und Härtefallkommission. Inzwischen haben 47.900 Menschen die Petition unterschrieben (Stand 30.11.2021).

Am 23. November, kurz vor der Ausschusssitzung, übergaben die Schüler\_innen in der Schulbehörde 3.700 Unterschriften und die Briefe der Klasse 6F an den Landesschulrat. MOPO, Abendblatt und NDR berichteten.

### „Keine Abschiebung aus Schule und Ausbildung! Schule für Alle!“

Mit diesen Forderungen unterstützte die GEW den Protest von Anfang an und verbreitete in ihrer Presseerklärung und auf der Homepage das Protestvideo der Nelson-Mandela-Schule.

Die GEW fordert die Durchsetzung des Kindeswohls und des Rechts auf Bildung für alle Kinder, wie es in der Kinderrechtskonvention (Artikel 28) von 1989 festgeschrieben wurde. Dort heißt es im Artikel 3, Absatz 1: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ Und in der Information des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend heißt es zu den Grundprinzipien der Kinderrechtskonvention: „Alle Kinder, die sich in Deutschland aufhalten, müssen Schutz, Förderung und Bildung sowie Beteiligung erfahren - egal, woher sie kommen und welcher Religion oder Weltanschauung sie anhängen.“

Sven Quiring, Vorsitzender der GEW Hamburg, fordert „deshalb Schulsenator Rabe dazu auf, sich gegen diese un-

menschliche Praxis einzusetzen, denn Kinderrechte haben einen höheren Stellenwert als staatliches Abschiebeinteresse. Eine reiche Stadt wie Hamburg kann hier ein Zeichen setzen für ein menschenwürdiges Aufwachsen und eine Zukunft aller Menschen, die hier leben.“

Unter Missachtung der Kinderrechte sind in Hamburg immer wieder schulpflichtige Kinder abgeschoben worden, ohne

---

*Es kann nicht sein, dass  
Schüler\_innen, also  
Kinder und Jugendliche,  
die hier aufgewachsen  
und geboren sind,  
abgeschoben werden*

---

dass sie eine Chance gehabt hätten, ihre schulische Ausbildung fortzusetzen und eine Lebensperspektive zu entwickeln. Der Bleiberechtsausschuss (jetzt LAMBDA) hat 2017 für die Kolleg\_innen einen Erfahrungsbericht mit Handlungstipps bei Abschiebungen veröffentlicht.

2020 wurden 30 Kinder im schulpflichtigen Alter abgeschoben. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden 13 Kinder und ab Juli 2021 acht Kinder unterschiedlicher Nationalität im Alter von 6, 7, 10 und 16 Jahren mit ihren Familien abgeschoben. Das ist ein Skandal und muss ein Ende haben!

Eine Abschiebung in den Kosovo würde für die Kinder das Aus für ihre schulische Laufbahn und soziale Not und Perspektivlosigkeit für die ganze Familie bedeuten sowie die Gefährdung ihrer Gesundheit. Eine Abschiebung muss daher unbedingt verhindert werden!

### Chancen auf Bleiberecht durch Koalitionsvertrag der Ampelkoalition?

Die Härtefallkommission hat am 25.11. die Entscheidung

über den Aufenthalt der Familie Nimonaj-Stefan vertagt. Die Aufschiebung der Entscheidung mag als Erfolg des Protestes angesehen werden, aber nur eine positive Entscheidung für das Bleiberecht der Familie ist akzeptabel!

Einen Tag vor der Härtefallkommissionssitzung, am 24.11., wurde der Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition unterzeichnet, in dem wichtige Änderungen im Aufenthaltsrecht angedacht sind. Unter der Überschrift „Aufenthalts- und Bleiberecht“ wird in den Zeilen 4668 bis 4673 dargelegt, dass die bisherige Praxis der Kettenduldungen durch ein „Chancen-Aufenthaltsrecht“ ersetzt werden kann. D.h.: Wenn ein Elternteil ab dem 1.1.2022 fünf Jahre hier lebt, kann ein Bleiberecht erworben werden, erst für ein Jahr auf Probe, dann dauerhaft. Das könnte dann auch für die in Deutschland geborenen Kinder gelten. Und auch im Einbürgerungsrecht soll sich etwas verbessern (Zeile 3977-3979). Von solchen gesetzlichen Änderungen könnten die Familie Nimonaj und andere Migrant\_innen profitieren.

Verbesserte Aufenthaltsrechte für nach Deutschland eingewanderte Menschen sind zu begrüßen. Aber alle Migrant\_innen müssen eine echte Bleibeperspektive erhalten, um für sich und ihre Familien ein menschenwürdiges Leben und eine Zukunft aufzubauen. Es darf keine Abschiebungen aus Schulen mehr geben! Der Kampf für das Bleiberecht für die Familie Nimonaj-Stefan muss weitergehen!

KARIN HAAS  
Landesausschuss für Migration,  
Bleiberecht, Diversität und  
Antirassismus (LAMBDA)

Genauere Quellenangaben sind in  
der Online-Ausgabe der hlz zu finden:  
gew-hamburg.de